

02.05.2018 – Pressestatement

Gemeindeverkehrsfinanzierung: Mittel müssen verdreifacht werden

Zum im Kabinett verabschiedeten Entwurf einer Grundgesetzänderung des Art. 125c zur Erhöhung der Gemeindeverkehrsfinanzierung erklärt Stefan Gelbhaar, Sprecher für städtische Mobilität und Radverkehr der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen:

„Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) muss grundlegend überarbeitet werden, um es zu einem wirksamen Instrument der Verkehrswende zu machen. Die Mittel müssen unverzüglich verdreifacht werden. Nachdem Union und SPD in der letzten Legislaturperiode die Mittel im Grundgesetz tiefgefrostet haben, darf das Auftauen jetzt nicht wie beabsichtigt ganze vier Jahre dauern.

Das Vorlegen des Gesetzentwurfs ist ein Schritt, reicht aber bei Weitem nicht. Der Erhalt bestehender Infrastruktur muss ebenso gefördert werden wie Neubauvorhaben.“